

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zusätzlich Wochenausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für  
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat  
(Bazon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus  
abbez. Postbezug 3,27 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren  
und 72 Pf. Postbefreiungsbüro.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 30 Pf.  
Reklamzeile 2.— M. Ermäßigungen nach Tarif. Postfachkonto:  
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag  
behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor.  
Redaktion und Expedition: Berlin W 9, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhof (A 7) 297—297

## Landtag am 24. Mai

### Dann Rücktritt des Kabinetts. — Geschäftsführung bis zur Neuwahl eines Ministerpräsidenten durch den Landtag

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat heute auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai dieses Jahres einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen.

Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Eine frühere Einberufung des Landtages bis zum 24. Mai ist abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des alten Landtages bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich.

Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages kann den Termin nicht verfrühen, denn der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes endgültiges amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Gemäß § 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zu Abgeordneten vorgeschlagen werden. Denn, während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste der Entscheidung der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an einzelne Abgeordnete mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl aus der Landesliste annehmen.

Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch unmittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

### Klagges verbietet Maidemonstration.

Aber SA-Kasernen bestehen nach wie vor.

Braunschweig, 26. April. (Eigenbericht.)

Nachdem die Partei wochenlang in ungewissen gehalten worden ist, hat heute der Nazimister Klagges sämtliche Demonstrationen zum 1. Mai in der Stadt Braunschweig verboten. Außerdem wird noch heute ein Maidemonstrationsverbot für das ganze Land herauskommen.

Die rigorosen Verbote sind um so herausfordernder, als den Nazis nicht nur öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen, sondern sogar das ungesetzliche Treiben in den SA-Kasernen nach wie vor erlaubt sind.

### Englands Terminvorschlag für Laufanne

16. Juni.

Am Montag sind in Berlin, Paris, Rom, Brüssel und Tokio englische Notizen überreicht worden, die die Anfrage enthalten, ob diese sechs Regierungen mit dem 16. Juni für den Beginn der großen Wirtschaftskonferenz in Laufanne einverstanden sind.

## Einheit der Arbeiter tut not!

„Einheitsfront“-Serede schafft sie nicht!

Das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen hat allen denkenden Klassenbewußten Arbeitern klargemacht, daß sie sich enger als bisher zusammenschließen müssen. Die Folgen der Selbstzerfleischung des Proletariats sind nie so klar geworden wie jetzt. In dieser Situation scheint man in der KPD. einzusehen, daß die tolle kommunistische Taktik der letzten Zeit nicht weitergeführt werden kann. So versichert die „Rote Fahne“:

„Wir werden alles tun, um mit Hilfe der proletarischen Klassenkraft ihm (dem Hitler-Sadismus) den Weg zur Regierungsmacht zu versperren, seinen Terror zu brechen und ihn durch den neuen roten Vormarsch der Arbeiterklasse entscheidend zu schlagen.“

Das ist ein löblicher Voratz. Zu seiner Durchführung gehört jedoch, daß die KPD. radikal Schluss macht mit der Parole: „Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie.“ Es gehört noch mehr dazu, es gehört dazu, daß das Zersplitterstreben aufhört.

Ein Aufruf der KPD. und der RSD. spricht von einer „Einheitsfront des Kampfes“. Auch das ist ein löblicher Voratz — unter der Voraussetzung, daß es ehrlich gemeint ist, und daß sich hinter dem Wort Einheitsfront nicht die Absicht der Zersplitterung von Arbeiterorganisationen verbirgt! Es heißt in diesem Aufruf:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Darauf folgt aber unmittelbar die Aufforderung, Ausschüsse in den Betrieben gegen die Organisationen zu bilden, nach dem Vorbild der bisherigen Zellenbildungs- und RGD.-Taktik. Davon kann natürlich keine Rede sein, daß sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder diese abgegriffenen Methoden mitmachen, die nur zum Kampf der Arbeiterschaft untereinander führen. Sie werden vielmehr an der Hand dieses Aufrufes ihren kommunistischen Kollegen klarmachen, was die KPD. sich in Zukunft abgewöhnen muß, wenn sie Ernst machen wollte mit der Einheit des Kampfes.

Denn dieser Aufruf ist zugleich noch eine Wiederholung der wilden Angriffe und Verleumdungen, die in den letzten Wahlkämpfen von der KPD. gegen die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften geschleudert worden sind.

„Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB.“ — so heißt es immer wiederholt unter Anschuldigungen und Verleumdungen in diesem Aufruf, der dann den „unteren Funktionären und Betriebsratsmitgliedern und Arbeitern“ von Einheit redet. Man nennt diese Taktik in der KPD.: „Einheitsfront von unten.“ Es verbirgt sich dahinter die Illusion, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich von ihren Führern trennen lassen würden, um die Führung durch die kommunistischen Führer anzuerkennen. Wir wollen nicht darüber reden, ob nach den glänzenden Erfolgen, die die kommunistischen Führer erzielt haben, gerade danach große Sehnsucht bei sozialdemokratischen Arbeitern besteht — in einem Augenblick, wo nicht die Sozialdemokratie, wohl aber die KPD. sich zu einer Ueberprüfung und Aenderung ihrer Taktik genötigt sieht.

Aber die Kommunisten müssen endlich begreifen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Führer eine unauf lösbare Einheit darstellen, eine Einheit von ganz anderer Art als in der KPD., weil sie auf demokratischer Grundlage ruht, eine Beziehung, die viel fester ist als die Beziehung zwischen Führern und Parteimitgliedern in der KPD., in der im Grunde genommen nicht von unten auf, sondern von einer übergeordneten außerdeutschen Aufsichtsinstanz die Führung bestimmt wird. Deshalb ist es töricht, daß alte Klischees der „Einheitsfront von unten“ wieder hervorzuziehen, es ist töricht zu glauben, daß der Wille der Klassenbewußten Arbeiterschaft zur Einheit Belegenheit zu einem parteipolitischen Manöver ältester Art biete.

Das alles werden die sozialdemokratischen Arbeiter den Kommunisten sagen, wenn sie mit ihnen über die Einheit der Arbeiterschaft im Kampfe reden! Sie werden ihnen mit guten Argumenten zeigen, daß Einheit not tut, und daß deshalb die Kommunisten es sind, die in vielen Dingen umzulernen haben!

### Eine Erklärung Thätmanns.

London, 26. April.

Thätmann erklärte dem Berliner Korrespondenten der „Daily Mail“, die kommunistische Partei werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um eine nationalsozialistische Regierung in Preußen zu verhindern.

### Haftbefehl gegen Ley.

Wegen des Ueberfalls auf Otto Wels.

Köln, 26. April. (Eigenbericht.)

Das Amtsgericht Köln, bei dem das Untersuchungsverfahren gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Ley und den Nationalsozialisten Fuchs eingeleitet worden ist, hat nunmehr am geitigen Montag dem Antrag der Kölner Polizei stattgegeben und gegen den Abgeordneten Dr. Ley und gegen Fuchs den Haftbefehl erlassen. Vier andere festgenommene Nationalsozialisten wurden auf freien Fuß gesetzt.

### Abgestoppte Devisenverluste.

Günstiger Reichsbankausweis. — Börse sehr fest.

Der heute vormittag veröffentlichte Wochenausweis der Reichsbank vom 23. April bringt nach den starken Devisenverlusten der Vorwoche eine angenehme Ueberrohung. Es ist der Reichsbank gelungen, die Devisenbilanz in der dritten Aprilwoche nicht nur

auszugleichen, sondern darüber hinaus die Bestände an Gold und Deckungsdevisen um 1,2 Millionen auf insgesamt 989 Millionen Mark zu erhöhen. Da sich zugleich die Entlastung der Reichsbank durch weitere Kreditrückzahlungen fortgesetzt hat, ist die Notendeckung durch Gold und Devisen von 24,7 auf 25,5 Proz. gestiegen.

An der Börse wirkte der neue Reichsbankausweis sehr belebend. Der Aktienmarkt war sehr fest. IG-Farben setzten ihre gestrige Steigerung auf 92,4 Proz. fort, Siemens stiegen bis auf 97 Proz. und Reichsbahn-Vorzugsaktien erreichten 75,4 Proz. Die Meldung aus Lübeck, daß die am 1. Juli fälligen Schatzanweisungen nicht eingelöst werden sollen, hatte keine Wirkung. Auch der Rentenmarkt wies durchweg leichte Kurserhöhungen um 1/2 Prozent auf.

### Abschluß der Präsidentenwahl.

Das Wahlprüfungsgericht einberufen.

Das Wahlprüfungsgericht tritt zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl am Dienstag, dem 3. Mai, 11 Uhr vormittags, im Saal 31 des ersten Obergeschosses des Reichstagsgebäudes zusammen. Die Sitzung ist öffentlich.









